



**BÜRGERINITIATIVE WESTPFALZ FÜR MEHR LÄRMSCHUTZ UND
LEBENSQUALITÄT E.V.**

I. Vorsitzende: Beate Bosle, Landstuhler Str. 38, 66882 Spesbach, Tel. 06371/17694, e-mail: biwestpfalz@web.de

II. Vorsitzender: Markus Lambrecht, Kaiserslautern, e-mail: mlambrecht@t-online.de

Ministerium des Innern
und für Sport
z.Hd. Herrn Jürgen Hiller
Wallstr. 3
55122 Mainz

19.08.2007

Sehr geehrter Herr Hiller,

vielen Dank für die bisherigen Informationen zum Housing-Programm.

Das Housing-Programm ist nach unserem Verständnis ja mit dazu angedacht worden, den Menschen hier in der Region die Vermietung weiter zu ermöglichen und ggf. die Möglichkeit der Veräußerung von Grundstücken zu bieten, eine Wohnraum-Ghetto-Bildung sollte verhindert werden.

Mittlerweile wird dieses hier in der Region sehr kontrovers diskutiert.

Seitens des Wohnungsamtes ist laut Presseberichten ein Bedarf für die Anzahl der geplanten neu zu errichtenden Häuser fraglich. Seitens des US-Militärs dürften konkrete Zahlen hierzu noch nicht vorliegen. Sicher basieren der Ergebnisse Ihrer Ermittlung des benötigten Wohnraumes auf konkreten Zählungen, Angaben etc, und speziellen Recherchen und Nachforschungen hier direkt vor Ort.

Dass es viele Leerstände gibt, welche bezüglich der Vermietung an Angehörige des US-Militärs Verwendung finden könnten, ist Aussagen von Ortskundigen, Maklern und auch eigenen Beobachtungen zu entnehmen.

Uns erreichen viele Anfragen von Vermietern, die um ihre Einnahmen fürchten.

Sicher werden doch derzeit bereits existente, leerstehende Häuser im Rahmen der Bedarfsermittlung und der Planung der Unterbringung der Angehörigen des US-Militärs eine Berücksichtigung finden.

Hier schließt sich die Frage der Mietgarantie an.

Wir haben mit dem Ausbau der Air-Base für unsere Region mit großen Belastungen zu leben, es soll doch am Ende mit unseren Steuergeldern nicht dafür bezahlt werden, dass für diese Gebäude einer Minderheit von Investoren, sollten deren Objekte nicht mehr zweckgebunden verwendet werden können, die Mieten weiter fließen.

-2-
-2-

Gerüchten zufolge soll die spätere Abwicklung der Vergabe der Häuser an die Angehörigen des US-Militärs nicht unbedingt über das Wohnungsamt in der bisherigen Form erfolgen. Sind die Arbeitsplätze beim Wohnungsamt in der jetzigen Anzahl gesichert?

Es macht sich mittlerweile großer Unmut in der Bevölkerung breit. Hier wäre es dringend erforderlich, die hier lebendem Menschen detailliert zu informieren und dadurch weniger Spielraum für Spekulationen zu lassen.

Ihre zeitnahe Stellungnahme erwarten wir mit Interesse.

Mit freundlichen Grüßen

Beate Bosle, BIW e.V.

Kopie des Schreibens an:

Frau Margit Mohr
Herrn Innenminister Karl-Peter Bruch
Herrn Ministerpräsident Kurt Beck